

Die Achillesferse für den Ausbau von Öko-Energie ist das Stomnetz

Berlin (dpa). Mit Gutachten ist es so eine Sache. Sie lassen sich unterschiedlich interpretieren. Am Wochenende sickern erste Details aus der Berechnung unterschiedlicher Atom-Laufzeiten durch. Für Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) steht fest: Bei Szenarien von 12 oder 20 Jahren längeren Laufzeiten gebe es den größten wirtschaftlichen und klimapolitischen Nutzen. Die Anzeichen deuten auf 10 Jahre plus X. Das würde Atomkraft bis mindestens 2035 bedeuten.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte gestern im ARD-Fernsehen: „Fachlich 10 bis 15 Jahre ist vernünftig“. Ich muss allerdings als Regierungschefin dann auch schauen: Wie kriegen wir die Sicherheit als ganz oberstes Prinzip der Kernenergie da mit rein?“ Zudem könne eine Neuregelung den Bundesrat nur passieren, wenn sie zustimmungsfrei sei. Sie werde darauf achten, „dass das rechtlich belastbar ist“.

Der erste Überblick über die Szenarien zeige: „Sowohl was die Versorgungssicherheit, den Strompreis als auch das Erreichen der Klimaziele anbelangt, ist die Kernenergie als Brückentechnologie wünschenswert.“ Sie fügte hinzu: „Wir werden das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen.“ Aber aus energiefachlicher Sicht sei eine Verlängerung der Kernkraftwerkslaufzeiten im zweistelligen Bereich wünschenswert.

Auf Basis des Gutachtens mehrerer Institute will das Kabinett am 28. September entscheiden.

Was steht in dem Gutachten? Nach Medienberichten könnte eine Verlängerung um 12 Jahre rund 43 000 Jobs schaffen und das Wirtschaftswachstum um 0,2 Prozent steigern. Bei 20 Jahren könnten 71 000 Arbeitsplätze entstehen plus 0,5 Prozent mehr Wachstum. Bei beiden Szenarien ergäben sich Dämpfungen des Strompreises. Und bei 20 statt 4 Jahren längeren Laufzeiten – die

Grundannahme eines weiteren Szenarios – würden 16 Prozent an CO₂-Emissionen vermieden.

Die Opposition sagt, auch durch einen höheren Ökoenergie-Anteil seien zehntausende Arbeitsplätze zu schaffen – und mehr Ökostrom bedeute zwangsläufig immense CO₂-Einsparungen. In der Branche arbeiten bereits rund 300 000 Menschen, und die Wertschöpfung wurde vom Umweltministerium für 2009 auf 37,5 Milliarden Euro geschätzt.

Jenseits des Streits um die Laufzeiten wird ein anderes Problem weitgehend ausgeblendet: Für einen raschen Umstieg auf Ökostrom fehlen ausreichende Stromtransportleitungen und -speicher. Deshalb versucht Merkel das Augenmerk darauf zu lenken: Sie sei „betrübt“ über die Widerstände gegen den notwendigen Stromnetzausbau, sagte sie am Freitag zum Abschluss ihrer Energiereise. Die für eine Öko-Vollversorgung zu mangelhaften Netze

liefern den Konzernen gute Argumente dafür, den Ausstieg aus dem Atomausstieg zu fordern.

Wirtschafts- und Umweltminister von neun Landesregierungen werfen der Bundesregierung vor, ihr Energiekonzept nur um die Verlängerung der Laufzeiten herum zu stricken. „Die Achillesferse für den Ausbau der erneuerbaren Energien ist das Stromnetz“, heißt es in einem Appell dieser Länder. Letztlich hängt die Lösung vom Willen der Energiekonzerne ab. Mit entsprechenden Leitungen würde der Preis für erneuerbare Energien laut des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) spätestens ab etwa 2030 billiger als Atom- oder Kohlestrom. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung beziffert die fehlenden Ausgaben für den Netzausbau auf 20 Milliarden Euro.

Während bisher der Strom in hohem Maße im Süden hergestellt wird, etabliert sich nun mit der

Offshore-Windkraft ein Produktionszentrum in der Nordsee. Und statt großer Kraftwerke entstehen überall im Lande dezentrale Produktionsflächen auf der grünen Wiese. Befürchtet wird von Atombefürwortern, dass das Netz ohne den kontinuierlich fließenden Atomstrom den Schwankungen bei der immer höheren Ökostromeinspeisung nicht standhalten und es zu Blackouts kommen könnte.

Leitungsnetze wurden früher nach dem Bedarf ausgelegt – niemand ahnte, dass in dünn besiedelten Gegenden Stromerzeugungsanlagen installiert würden. In Dardesheim etwa zeigen sich die neuen Herausforderungen durch den massiven Zuwachs bei den erneuerbaren Energien. Der Windpark auf dem Druiberg erzeugt 40-mal mehr Strom als die 1000 Einwohner brauchen. Der regionale Energieversorger im Harz, E.ON Avacon, hat bisweilen Probleme, den produzierten Strom abzutransportieren und in die

Netze einzuspeisen.

Selbst wenn es zu dem Netzausbau kommen sollte – etwa als Teil der nun diskutierten Selbstverpflichtung der Atomindustrie – bleibt das Speicherproblem. „Absolut lösbar“, sagt der Flensburger Professor Olav Hohmeyer, der SRU-Mitglied ist. Er war gerade in Norwegen, dort gebe es ausreichend Kapazitäten, um überschüssigen deutschen Ökostrom in riesigen Pumpspeicherwerken zu speichern und bei weniger Sonne oder Wind wieder ins deutsche Netz einzuspeisen. So könne ohne Kohle und Atom die Versorgung gewährleistet werden. „Bis 2020 braucht man noch recht wenig Speicher, weil es genug Kohle- und Atomkraftwerke gibt“, sagt Hohmeyer. „Aber wir müssten jetzt beginnen, damit es bis 2020 entsprechende Leitungen nach Norwegen gibt“, betont der Wissenschaftler und fordert: „Eine Regierung muss mehr tun, als über Atomlaufzeiten zu reden.“